



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

35. Sitzung (öffentlich)

19. März 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:35 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

Der Ausschuss beschließt eine Umstellung der Tagesordnung: TOP 4 wird zu TOP 1. Die Nummerierung der anderen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Gemäß Beschluss des Ausschusses kommt zu TOP 1 eine Vertreterin des Berufsstandes der Hebammen zu Wort.

1 Bericht über die Prämienerrhöhung bei den Berufshaftpflichtversicherungen für Hebammen

Vorlage 16/1731

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Frau Staatssekretärin Hoffmann-Badache (MGEPA) erklärt, sie wolle dem Ausschuss die Daten, die vom „Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit NRW“ zum Thema „Kaiserschnitt“ erhoben worden seien, vorlegen, sobald deren wissenschaftliche Auswertung vorgenommen worden sei.

MR Watzlawik will nachschauen, ob im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Alter und Pflege, Gesundheit und Soziales Zahlen vorliegen, aus denen hervorgeht, wie sich der Regressanteil bei Personenschäden im Rahmen der Arbeit der Hebammen seit den Achtzigerjahren entwickelt hat.

2 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEPA NRW)

18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

APr 16/319

In Verbindung mit:**Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW)**

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, zu der Durchführungsverordnung zum APG NRW am 7. Mai 2014 von 9 bis 13 Uhr im Plenarsaal eine Anhörung durchzuführen. Zu ihr werden gemäß Verständigung in der Obekuterunde zunächst einmal die Sachverständigen eingeladen, die eine inhaltliche Stellungnahme zum Referentenentwurf gegenüber

dem MAGS abgegeben haben. Zusätzlich hat jede Fraktion die Möglichkeit, zwei weitere Sachverständige zu benennen.

3 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2723

APr 16/281

Vorlage 16/1681
– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

4 Krankenhausplan NRW 2015 – Regionale Verteilung der stationären Angebote 21

Vorlage 16/1732
– Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/1734
– Information der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Bericht sowie die Vorlage der Landesregierung zur Kenntnis.

5 Bericht über die Verbreitung von multiresistenten Erregern in NRWs Krankenhäusern 25

Vorlage 16/1733
– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss ist damit einverstanden, die Behandlung des Themas auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

**6 Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes durch
Aufklärung und Schulungen verhindern! 27**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5034

Der Ausschuss beschließt, dem federführenden Ausschuss, sofern dieser eine Anhörung durchführen wolle, vorzuschlagen, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen.

**7 FiFo-Gutachten zur kommunalen Ausgabenlast – hoher Kommunali-
sierungsgrad, geringe Finanzzuweisungen des Landes und
überdurchschnittliche Sozialausgaben als Gründe der alarmierenden
Finanzsituationen der Kommunen in NRW 28**

Vorlage 16/1698
– Bericht der Landesregierung
Zuschrift 16/478

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

8 Schulsozialarbeit in NRW sicherstellen 33

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4384

Vorlage 16/1579
Vorlage 16/1637
Vorlage 16/1746
– Berichte der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Landesregierung zur Kenntnis.

9 Landesregierung muss Hilfen für von Armutszuwanderung betroffene Städte leichter zugänglich machen 37

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5042

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5095

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des Integrationsausschusses zu diesem Thema nachrichtlich zu beteiligen.

10 Mehr Chancengleichheit durch verlässliche Gewährung von Nachteilsausgleichen für Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsschwächen 38

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5028

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zu diesem Thema nachrichtlich zu beteiligen.

11 Verschiedenes 39

Der Ausschuss beschließt, dass eine Delegation aus seiner Mitte vom 1. September 2014 bis zum 7. September 2014 nach Kanada reisen soll, um sich dort über die Versorgung bzw. Prävention auf dem Gebiet der Gesundheit zu informieren.

2 Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen (GEPA NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3388

APr 16/319

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (APG DVO NRW)

Vorsitzender Günter Garbrecht stellt fest, dass die Beratungen zu dem Gesetzentwurf, die ausgesetzt worden seien, jetzt wieder aufgenommen würden. – Die Vorlage der Landesregierung solle spätestens bis zum 2. April 2014 dem Landtag förmlich übersandt werden. Der Gesetzentwurf sei nach erster Lesung in der 37. Sitzung des Plenums am 11. Juli 2013 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – und an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zur Mitberatung überwiesen worden. Über den Gesetzentwurf sei bereits in den Ausschusssitzungen am 12. Juli 2013 und am 11. September 2013 beraten worden.

Am 12. September 2013 habe der Ausschuss eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt und diese in der folgenden Ausschusssitzung am 13. November 2013 ausgewertet.

In der heutigen Obleuterunde sei eine Verständigung erreicht worden, zu der Durchführungsverordnung zum APG NRW am 7. Mai 2014 von 9 Uhr bis 14 Uhr im Plenarsaal eine Anhörung von Sachverständigen vorzunehmen. Am Nachmittag desselben Tages werde dann eine reguläre Ausschusssitzung stattfinden.

Die Obleuterunde habe sich einmütig darauf verständigt, dass zunächst einmal die Sachverständigen eingeladen werden sollten, die eine inhaltliche Stellungnahme zum Referentenentwurf gegenüber dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales abgeben hätten. Die Fraktionen hätten zusätzlich die Möglichkeit, jeweils zwei weitere Sachverständige zu benennen.

Olaf Wegner (PIRATEN) bittet vorab um die Liste der Sachverständigen, die bereits eine Stellungnahme abgeben hätten.

Vorsitzender Günter Garbrecht antwortet, es sei vereinbart worden, dass die Fraktionsreferenten diese Liste bekämen. Die Einladung der Sachverständigen solle im Übrigen so vor sich gehen, dass Doppelungen vermieden würden.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, zu der Durchführungsverordnung zum APG NRW am 7. Mai 2014 von 9 bis 13 Uhr im Plenarsaal eine Anhörung durchzuführen. Zu ihr werden gemäß Verständigung in der Obleuterunde zunächst einmal die Sachverständigen eingeladen, die eine inhaltliche Stellungnahme zum Referentenentwurf gegenüber dem MAGS abgegeben haben. Zusätzlich hat jede Fraktion die Möglichkeit, zwei weitere Sachverständige zu benennen.